

Der US-Autor Joel S. Hirschhorn beklagt, dass seine ärmsten Landsleute nicht bereit sind, zu revoltieren, obwohl sie am meisten unter der Politik leiden, die Demokraten und Republikaner gemeinsam zu verantworten haben.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 136/08 – 15.08.08**

Die arbeitenden Armen sind nicht bereit zu revoltieren

Von Joel S. Hirschhorn

INFORMATION CLEARING HOUSE, 06.08.08

(<http://www.informationclearinghouse.info/article20445.htm>)

Vor langer Zeit konnte man immer darauf zählen, dass die wirtschaftlich Schwächsten gegen Tyrannei und Ungerechtigkeit rebellierten, wenn eine Regierung nicht länger für das Wohl der Mehrheit der Bürger sorgte. Diese Zeiten sind vorbei, obwohl sich die Demokratie entwickelt hat.

Heute haben wir aber eine Zwei-Parteien-Plutokratie, die nur den Interessen der Konzerne und der Reichen dient, und die Mittelklasse leiden und absteigen lässt. Es ist verständlich, dass sich die Mittelklasse noch nicht wehrt, weil sie trotz wachsender wirtschaftlicher Unsicherheit noch relativ gut lebt. Aber was ist mit den 40 Prozent der Amerikaner los, die zur verarmten Arbeiterklasse gehören?

Eine im Juni dieses Jahres von der WASHINGTON POST, der Henry J. Kaiser Family Foundation (Familien-Stiftung) und der Harvard University durchgeführte Befragung beschäftigte sich mit den Ansichten der Erwachsenen zwischen 18 und 64 Jahren, die 30 oder mehr Stunden in der Woche abhängig beschäftigt sind und im Jahr 2007 nicht mehr als 27.000 Dollar (z. Z. ca. 17.800 Euro) verdient haben. Die Ergebnisse zeigen einen faszinierenden Zwiespalt auf: Trotz weit verbreiteten Kummers und großer Unzufriedenheit glauben die meisten noch hartnäckig an den "amerikanischen Traum" (vom persönlichen Erfolg), obwohl von der Regierung kaum Hilfe zu erwarten ist.

90 Prozent dieser Gruppe schätzen die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung negativ ein – von wenig erfolgreich bis schlecht – 52 Prozent fühlen sich finanziell unsicher und 50 Prozent fühlen sich weniger sicher als vor einigen Jahren. Der Anteil derjenigen, die sich auch grundlegende Dinge kaum noch leisten können, ist sehr hoch:

- 88 Prozent können kein Geld für den College-Besuch ihrer Kinder oder eine ähnliche Ausbildung mehr zurücklegen,
- 82 Prozent haben nicht mehr genügend Geld für Treibstoff oder andere Fahrtkosten,
- 82 Prozent können keine Rücklagen für ihren Ruhestand bilden,
- 65 Prozent fehlt das Geld für eine Krankenbehandlung oder eine Krankenversicherung,
- 65 Prozent fehlen Mittel für die Kinderbetreuung,
- 60 Prozent können durch Kreditkarten aufgelaufene Schulden, fixe monatlichen Kosten, Mieten oder Kreditraten nicht mehr bezahlen und
- 47 Prozent fehlt das Geld für eine ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Drei Viertel der Befragten sagen, es sei viel schwieriger geworden, gute Jobs zu finden, und fast genau so viele können sich keine ausreichende Gesundheitsvorsorge mehr leis-

ten. 88 Prozent finden keine angemessene bezahlbare Wohnung.

Im vergangenen Jahr mussten viele Menschen aus dieser Gruppe drastische Einschränkungen vornehmen, um überhaupt noch über die Runden zu kommen:

- 70 Prozent sparten beim Stromverbrauch und bei der Heizung,
- 62 Prozent mussten ein zweiten Job annehmen oder länger arbeiten,
- 51 Prozent mussten eine Behandlung durch einen Arzt oder Zahnarzt aufschieben,
- 50 Prozent mussten ihre Ersparnisse oder ihre Rücklagen für den Ruhestand angreifen.

Das klingt alles ziemlich trostlos. Sind die Befragten also wütend oder pessimistisch? Eigentlich nicht.

Erstaunliche 69 Prozent sehen ihre persönliche finanzielle Zukunft eher hoffnungsvoll, 59 Prozent glauben, in den nächsten Jahren sozial aufsteigen zu können, und dass es ihren Kindern einmal besser als ihnen gehen wird, und 56 Prozent hoffen, dass sich noch zu ihren Lebzeiten der amerikanische Traum für sie erfüllen wird.

Glauben diese am härtesten getroffenen Amerikaner aus der Unterklasse, die 25 Prozent der erwachsenen Bevölkerung (der USA) stellen, dass ihnen die Regierung helfen wird? Nein, nur 22 Prozent von ihnen meinen, dass Regierungsprogramme ihre Situation verbessern werden. Und trotzdem hat sie Barack Obama mit seiner Rhetorik vom "Change" (Wechsel) fest an der Angel, denn sie ziehen ihn im Verhältnis 2:1 John McCain vor. Auf die Frage, welcher Kandidat ihre eigene finanzielle Situation, die Wirtschaft der USA oder das Gesundheitssystem am ehesten verbessern würde, gewinnt Obama sogar im Verhältnis 3:1 vor seinem Konkurrenten. Sie trauen Obama auch zu, sich eher um ihre Nöte zu kümmern und ihren Wertvorstellungen besser zu entsprechen. Das sind zwar gute Nachrichten für Obama, aber nur 70 Prozent der Befragten haben sich als Wähler registrieren lassen und etwa ein Drittel von ihnen sieht keinen Unterschied, gleichgültig, ob Obama oder McCain gewählt wird.

Der Glaube an Obama verblasst jedoch im Vergleich mit der anderen Instanz, von der man Trost in wirtschaftlich harten Zeiten erwartet. Erstaunliche 78 Prozent hoffen, die Religion und der Glaube an Gott könnten ihnen aus ihrer verzweifelten wirtschaftlichen Situation helfen.

Aus all diesen Daten lässt sich nur der unausweichliche Schluss ziehen, dass eine Rebellion gegen die Machteliten, die unsere Zwei-Parteien-Plutokratie betreiben, sehr unwahrscheinlich ist. Wenn die 40 Prozent der Amerikaner mit den niedrigsten Einkommen immer noch den "amerikanischen Traum" träumen und einem über "Change" schwadronierenden Politiker wie Obama vertrauen, ist kaum zu erwarten, dass die besser gestellten 40 Prozent aus der Mitte der Bevölkerung einen wirklich radikalen Wechsel durch eine politische Revolte unterstützen würden.

Es ist interessant, dass die Treibstoffpreise jetzt wieder fallen, weil wir uns den Conventions der Republikaner und Demokraten (den Versammlungen, die offiziell die Präsidentschaftskandidaten bestimmen) und dem Wahltag nähern. Offensichtlich weiß die herrschende Klasse Amerikas genau, was sie tut. Sie kann einen immer größeren Anteil des Reichtums der Nation auf die Konten der reichen Oberklasse leiten und noch mehr wirtschaftliche Ungleichheit schaffen, ohne eine politische Revolution befürchten zu müssen, die Thomas Jefferson (der Hauptautor der Unabhängigkeitserklärung und dritte Präsident der USA) von Zeit zu Zeit für notwendig hielt.

Denkt auch daran: In den drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg stieg das inflationsbereinigte Einkommen der Unterschicht, die 90 Prozent der Bevölkerung bilden, um 83 Prozent, das der 10 Prozent der Oberschicht nur um 20 Prozent. Im Unterschied dazu ist in den letzten drei Jahrzehnten das Einkommen der 90 Prozent aus der Unterschicht nur um 10 Prozent gewachsen, das der 10 Prozent aus der Oberschicht aber um satte 232 Prozent. Die beiden Parteien, die unser politisches System strangulieren, haben diese ständig wachsende wirtschaftliche Ungleichheit geschaffen.

Vergesst den ganzen Unsinn über das (revolutionäre) Proletariat. Die meisten Amerikaner sind fest in ihrer Religion verankert und setzen auf konventionelle Politiker, auch in den Zeiten, die zu den wirtschaftlich unsichersten in Amerikas Geschichte gehören. Sie glauben auch weiterhin fest daran, sie könnten durch eine Wahl einen wirklichen Wechsel herbeiführen. Mit ihrer Propaganda hat es die herrschende Klasse geschafft, die Öffentlichkeit so zu manipulieren und nieder zu halten, dass Illusionen zum Opium der Massen geworden sind.

Würden wir die Ansichten von Millionen Amerikanern ernst nehmen, müssten wir eigentlich "Wir vertrauen auf Gott und Barack Obama" auf unsere Geld drucken. Fällt euch wirklich nichts Besseres ein?

Joel S. Hirschhorn ist erreichbar unter www.delusionaldemocracy.com .

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

Working Poor Unready to Revolt

By Joel S. Hirschhorn



06/08/08 "ICH " -- - Once upon a time when governments no longer served most of their citizens it was the most economically disadvantaged that could be counted on to rebel against tyranny and injustice. Times have changed, for the worse, despite the spread of democracy.

Here we are with a two-party plutocracy that preferentially serves corporate and wealthy interests and lets the middle class suffer and sink. Plausibly, the middle class is unready to revolt because it still maintains a relatively good standard of living despite rising economic insecurity. But what about the lowest 40 percent of Americans that are the working poor?

A recent survey of this group by the Washington Post, the Henry J. Kaiser Family Foundation and Harvard University conducted this past June looked at the beliefs of adults ages 18 to 64 working 30 or more hours a week, not self-employed and who earned no more than \$27,000 in 2007. The results show a fascinating dichotomy. Though there is widespread pain and discontent there is also a stubborn faith in the American dream despite little help from government.

Ninety percent of this group sees the current economy negatively, either not so good or poor, with 52 percent feeling financially insecure and 50 percent feeling less secure than a few years ago. The fractions saying they have difficulty affording basic things are severe,

including: 88 percent that cannot save money for college or other education for their children, 82 percent paying for gasoline or other transportation costs, 81 percent saving money for retirement, 65 percent paying for health care and health insurance, 65 percent handling child care, close to 60 percent paying credit card bills, monthly utility bills and rent or mortgage costs, and 47 percent buying food. Three quarters say it has gotten harder to find good jobs and nearly that fraction for finding affordable health care, and 68 percent finding decent, affordable housing.

In the past year this group has had to take many actions to make ends meet, including 70 percent that cut electricity use and home heating; 62 percent that took an extra job or worked extra hours, 51 percent that postponed medical or dental care and 50 percent that took money out of savings or retirement funds.

All this sounds pretty bleak. But are these people mad and pessimistic? Not exactly.

An amazing 69 percent are hopeful about their personal financial situation, 59 percent believe they are more likely over the next few years to move up in terms of their social class, 59 percent believe that their children will have a standard of living much or somewhat better than theirs, and 56 percent think they will achieve the American dream in their lifetime.

Do these lower economic class, hardest hit Americans that account for 25 percent of the adult population believe that government helps them? No. Only 22 percent believe that government programs are making things better for them. But apparently they have bought hook, line and sinker into Barack Obama's change rhetoric, with a 2 to 1 margin favoring him over John McCain. And when it comes to beliefs about which candidate will do better for them the margins favoring Obama go up to 3 or more to 1 for improving their own financial situation, the national economy and the national health care system. Similarly, Obama is seen as much more concerned with their needs and better represent their values. All very good news for Obama, except that only 70 are registered to vote and about a third saw no difference in whether Obama or McCain was in office.

Faith in Obama, however, pales in comparison to the other source of comfort for dealing with hard economic times. A striking 78 percent find religion or faith in God helps them get through tough economic times.

The unmistakable conclusion from all these data is that no rebellion against the power elites running the two-party plutocracy seems likely. If the bottom 40 percent of Americans in terms of income still believe in the American dream and change-spouting politicians like Obama, it is hard to believe that the more affluent middle 40 percent of the population are ready to support more radical change through political rebellion.

Interesting how gasoline prices are dropping as we approach the Republican and Democratic conventions and Election Day. Apparently, America's ruling class knows what it is doing. It can keep channeling more and more of the nation's wealth to the rich, Upper Class producing more economic inequality without fearing the kind of political revolution that Thomas Jefferson thought the nation needs periodically. Consider this: In the three decades after World War II household inflation-adjusted income of the bottom 90 percent increased 83 percent compared to 20 percent increase for the top 10 percent. In contrast, in the past three decades, the bottom 90 percent saw only a 10 percent increase while the top 10 percent received an increase of 232 percent! The two-party stranglehold on our political system has produced rising economic inequality.

Forget all that nonsense about the proletariat. Most Americans use their faith in God or re-

ligion or conventional politicians to cope, even in some of the most insecure economic times in American history. They remain overly confident in voting as the path to change. The ruling class has successfully used propaganda to dumb down and manipulate most of the public because delusion has become the opiate of the masses.

In God and Barack Obama We Trust could be placed on all our currency if the views of millions of Americans are taken seriously. Don't you feel better?

Joel S. Hirschhorn can be reached through www.delusionaldemocracy.com

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern